



Wöchentliches Anzeigenblatt. In Breslau 5 Mark, Posen 6 Mark, Königsberg 7 Mark, außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 144. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 25. März 1876.

Deutschland.

U. C. Landtags-Verhandlungen.

5. Sitzung des Herrenhauses (vom 24. März).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Falk, Achenbach, Geh. Räte Hoffmann, Weisbach, Maclean, Greiff, Rhode u. A.

Nachdem das neue in das Haus eingetretene Mitglied, Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, auf die Verlesung bereitwillig worden, berichtet Dr. Sulzer Namens der Finanzcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der in Folge der Abtretung der preussischen Provinz an das Reich für die Staatskasse verfügbaren Geldmittel.

Der Referent beantragt, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Graf zu Lippe äußert das Bedenken, daß durch die Annahme des Gesetzentwurfs der Frage präjudicirt werde, ob die Eisenbahncrédite, zu deren Deckung die in der Vorlage genannten Beträge verwendet werden sollen, noch in der angegebenen Höhe realisirt werden können. Insbesondere sei dies zweifelhaft bezüglich der Subvention für die Linie Langenheim-Clausthal und andere Strecken, nachdem in früherer Zeit bereits verschiedene Berechnungen auf den preussischen Antheil an der französischen Kriegsschuldung erfolgt seien. Der Referent wünscht, daß dem Landtage noch eine Uebersicht über die Verrechnung dieser Beträge vorgelegt werde.

Reg.-Commissar Geh. Rath Hoffmann erklärt, daß der Frage über den Bestand der Crédite durch Annahme des Gesetzentwurfs in keiner Weise präjudicirt werde.

Finanzminister Camphausen: Ueber die französischen Contributionsbeiträge ist zu verschiedenen Zwecken disponirt worden: zur Schuldentilgung, zur Ablösung von Passivitäten und zu Eisenbahnbauten. Was die Eisenbahnbauten anbelangt, so wurde im Jahre 1873 für die Bahn Berlin-Beylar u. die große Vasebe von 120 Millionen Thaler bewilligt, für welche subvencionirte durch ein generelles Gesetz die disponiblen Beträge angewiesen wurden. An solchen Beträgen waren vorhanden aus der Auflösung des ehemaligen preussischen Staatsfonds 30 Millionen Thaler, ferner ein disponibler Fond von 15 Millionen durch die Uebernahme von Créditen seitens des Reichs, und an directen Ueberweisungen 98 Millionen, so daß hierdurch im Ganzen ein disponibler Fond geschaffen ist von 143 Millionen Thalern. Davon sind verwendet für Schuldentilgung 52, zur Auflösung von Passivitäten 9 Millionen, und für Eisenbahnbauten 82 Millionen Thaler. Es wird jetzt noch eine Vertheilung der Ueberschüsse aus der Kriegsschuldung an die Staaten des Norddeutschen Bundes stattfinden, von denen auf Preußen etwa 19½ Millionen Mark fallen; die Hälfte ist bereits eingezahlt, die andere Zahlung wird in Kürze erfolgen.

Es folgt der Bericht der Budgetcommission über den Staatshaushaltsetat für 1876.

Baron v. Senft-Pilsach beantragt, diesen Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzuheben. Der gedruckte Gesamtetat sei erst heute früh in die Hände der Mitglieder des Hauses gelangt. Derselbe umfasse 277 Folioblätter, und so viel ausgezeichnete Männer auch in diesem Hause seien, werden sie doch unmöglich im Stande sein, einen solchen Etat innerhalb 2 Stunden gründlich zu prüfen.

v. Kleist-Rekow bittet seinen verehrten Freund dringend, den Antrag zurückzuziehen. Der Etat als solcher sei den Mitgliedern seit Monaten bekannt, und Jeder habe dadurch, daß er den Beratungen im Abgeordnetenhaus folgen konnte, hinlänglich Gelegenheit gehabt, sich gründlich zu informieren. Uebrigens würde eine Verlegung der Beratung die Mitglieder nöthigen, nur zu diesem Zweck noch einige Tage in Berlin zu bleiben; denn da die Regierung dem Hause leider gar keine Arbeiten vorgelegt habe, so beabsichtige man, vor Ostern keine Sitzung mehr zu halten.

Baron v. Senft-Pilsach bedauert, dem Wünsche seines verehrten Freundes nicht entsprechen zu können. Bei den Sitzungsberatungen im anderen Hause handle es sich nur um Projekte, und kein Mitglied des Hauses habe die Verpflichtung, sich um solche Projekte zu kümmern. Ihm selbst sei dies gar nicht eingefallen, deshalb sei ihm der Etat vollständig fremd, und er sei nicht im Stande, denselben zu beurtheilen. Wenn man vor Ostern eine Sitzung mehr halten wolle, so könne man die Etatsberatung ja auch bis nach Ostern lassen. Der Finanzminister sei ein so verständiger und reichlich denkender Mann, daß er dem Hause gewiss nicht zumuthen werde, über den Etat abzustimmen, so lange es denselben nicht gründlich studirt habe.

Herr v. Kleist-Rekow erinnert den Vorredner daran, daß der Etat gesetzlich vor dem 1. April festgesetzt sein müsse, da das vorjährige Budget nur bis zu diesem Termin Geltung habe.

Nachdem der Finanzminister noch darauf hingewiesen, daß der von der Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Etat fast gar keine oder doch nur höchst geringfügige Abänderungen erfordere habe, daß also das Herrenhaus, das den Etat nach der Verlesung nur im Ganzen verwerfen oder annehmen dürfe, sich über diese Frage ohne langwieriges Studium schlüssig machen könne, wird der Antrag des Baron von Senft einstimmig abgelehnt.

Namens der Budgetcommission referirt hierauf Herr Wilkens über den Etat. Die abändernden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses beschränken sich auf die Abhebung von 2400 Mark bei den dauernden Ausgaben des Handelsministeriums, sowie von 75,000 Mark, welche bei dem Etat des Ministeriums des Innern zur Herstellung einer Dienstwohnung für den Regierungspräsidenten zu Danzig gefordert waren. Dagegen sind bei den Einnahmen aus dem Landesunterstützungsfonds für die Provinz Preußen 18,000 Mark zugelegt, indem statt der ursprünglich beantragten 75,000 M. 93,000 Mark bewilligt wurden. Die Commission hat diese Änderungen sorgfältig geprüft und in denselben keinen Anlaß zur Beanstandung des Etats gefunden. Sie beantragt daher, den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1876, sowie den dazu gehörigen Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen.

Zur Generaldiscussión nimmt zunächst das Wort Landrath von Winterfeld: Ich spreche meine hohe Befriedigung darüber aus, daß es der Staatsregierung gelungen ist, einen Etat vorzulegen, welcher im Abgeordnetenhaus so gut wie gar keine Abstriche erfahren hat. Meine Bemerkungen richten sich nur auf den Etat der directen und indirecten Steuern. Die Klassensteuer und die Einkommensteuer können gegenwärtig nur als ein zusammenhängendes Ganze aufgefaßt werden. Die Einkünfte und Veranlagung erfolgt bei beiden Steuern nach denselben Grundsätzen. Als Vorkühner der Einkünfte-Commission habe ich nun die Erfahrung gemacht, daß es eine absolute Unmöglichkeit ist, daß die Einkünfte der Einkommensnachweisungen für die Klassensteuer mit derjenigen Vollständigkeit und Uebersicht aufstellen, wie das Gesetz es von ihnen verlangt. Es ist das ein sehr tief empfundenen Uebelstand. Sodann aber ist durch die Contingentirung der Klassensteuer ein Zustand eingetreten, der zu den größten Inconvenienzen führt. Es entsteht daraus eine ganz unrichtige Scala in dem Fortschreiten der Einkommensteuer; denn die Erhöhung der Scala tritt gerade da ein, wo der größte Steuerdruck sich herausstellt, das ist in den unteren Stufen der Einkommensteuer. In dieser Stufe stehen diejenigen Personen, welche vermöge ihrer Lebensstellung und ihres Berufes darauf angewiesen sind, dem Publikum gegenüber auch in ihrer äußeren Erscheinung eine gewisse Autorität entgegenzubringen, jedoch für die Erhebung ihrer Kinder mehr Sorge zu tragen, wie die sonst in den untersten Steuerstufen stehenden. Es sind das hauptsächlich sämtliche untere Beamten, Verwaltungs- und Steuerbeamte, fast sämtliche Geistliche und Lehrer. Alle diese Kategorien empfinden den Steuerdruck besonders stark. Will man hier gerecht sein, so ist es dringend erforderlich, die Contingentirung dahin auszuweiten, daß die untersten Stufen der Einkommensteuer mit in die Contingentirung hineingezogen werden, so daß die Einkünfte, welche der Finanzminister den unteren Klassensteuerebenen gewährt hat, auch den unteren Einkommensstufen zu Gute kommt.

Es hat sich nun herausgestellt, daß in Folge der Contingentirung auch ein Druck dahin ausgeübt wird, daß mehr Steuerpflichtige in die Einkommenssteuer verlegt werden. Dieser Druck ist ganz unerkennbar und er wird hauptsächlich dem platten Lande gegenüber ausgeübt, so daß jedes Jahr so und so viel bäuerliche Wirthe in die Einkommenssteuer hineingerückt werden.

Diese kommen mit massenhaften Reclamationen dagegen ein, sie müssen aber in den meisten Fällen abgewiesen werden, weil sie nicht im Stande sind, den Nachweis der Ueberhöhung ihres Einkommens in der Weise zu leisten, wie es das Gesetz vorschreibt. Es sind das Uebelstände, die der Abhilfe dringend bedürfen. Mit der directen Besteuerung, die gegenwärtig nahezu die Basis der gesamten Communalbesteuerung bildet, hat die Gesetzgebung einen sehr gefährlichen Weg betreten, der in seiner Consequenz nothwendig dahin führen muß, daß die Steuerkraft der Commune dem Staate gegenüber vermindert und leistungsunfähig wird. Es giebt kein anderes Mittel, diese Gefahr zu beseitigen, als wieder auf das Princip der indirecten Besteuerung, welches man verlassen hat, zurückzugreifen. (Sehr richtig!) Die finanzielle Lage des Landes fordert entschieden dazu auf, und ich kann diese Erwägung dem Finanzminister nicht bringen genug aus Herz legen.

Baron v. Senft-Pilsach kann sich dem ausgezeichneten Vortrage des Vorredners, der die ernsteste Berücksichtigung verdient, nur aus vollem Herzen anschließen.

Oberbürgermeister Hasselbach: Auch ich bin mit dem Herrn v. Winterfeld darin einverstanden, daß die Regierung gezwungen sein wird, auf die indirecte Besteuerung zurückzugreifen. Leider befinden wir uns in der unglücklichen Lage, daß die indirecten Steuern nicht mehr von uns ressortiren, sondern zum größten Theile vom Reiche, so daß wir gar nicht mehr in der Lage sind, unsere Finanzen im Großen und Ganzen zu übersehen. Daß diese Lage auch für den Finanzminister eine höchst unerquickliche sein muß, liegt auf der Hand. Auch ich muß anerkennen, daß das Verhältniß, daß die Klassensteuer contingentirt ist, die Einkommensteuer aber nicht, durchaus kein glückliches ist. Ich würde lieber, wenn man die Einkommensteuer nicht gleichfalls contingentiren kann, auch die Contingentirung der Klassensteuer ganz und gar wieder aufheben. Die Art und Weise, wie jetzt die Veranlagung der Klassen- und Einkommensteuer von oben herab gehandhabt wird, erfordert eine Arbeits- und Kostenlast für die Communen, die ich selbst früher bei meinen Bestrebungen, die Wahl- und Schatzsteuer in den Städten aufzuheben, nicht erwartet habe. Es werden die minutiösesten Einkommens-Nachweisungen verlangt, die wir in den Städten noch viel weniger auszuführen im Stande sind, als die Leute auf dem platten Lande, weil dort, wo das Einkommen sich lediglich auf den Grundbesitz stützt, alle Verhältnisse viel einfacher und durchsichtiger sind. Auch mir erscheint es nothwendig, daß der Finanzminister die von dem Herrn v. Winterfeld beschriebene Maßregel, die Befreiung der unteren Stufen weiter nach oben auszudehnen, ernstlich in Erwägung ziehe.

Graf Udo Stolberg weist darauf hin, daß die Erhebung der Steuern auf dem Lande natürlich mit weniger Schwierigkeiten verknüpft sei, weil das Vermögen der einzelnen Steuerzahler bekannt sei als in der Stadt. Wenn die Regierung in der Auffassung minutiös vorgehe, so könne man sie in diesem Bestreben nur unterstützen.

Regierungs-Commissar Geh. Finanzrath Rhode: Wenn der Herr von Winterfeld meint, daß die Klassen- und classenweise Einkommensteuer keine vollkommenen Steuern seien und daß ihre Erhebung äußerst schwierig sei, so kann die Staats-Regierung dieser Ansicht nur zustimmen; ihr Streben in den letzten Jahren wird Ihnen gezeigt haben, daß sie die Uebelstände zu beseitigen sucht; sie hat dies erst durch das von mehreren Jahren erlassene Klassensteuergesetz bewiesen. In dem Verhältnisse der Einkommensteuer ist dagegen keine Veränderung eingetreten; die Einkünfte finden nach wie vor von Commissionen statt, die von den Kreis- und Provinzial-Verordnungen gewählt werden, und die Resultate der Erhebung haben ja auch durchaus keine Erhöhung gegen früher ergeben. Was die Einkünfte zur Einkommensteuer anbelangt, so ist ja nicht zu verkennen, daß die Schwierigkeiten in den Städten sehr bedeutend sind, trotzdem glaube ich behaupten zu können, daß die eingeklasseten Commissionen ihre Aufgabe vollständig gelöst haben. Wenn man aber die zu großen Anforderungen, die von Seiten der Regierung gestellt worden, sich beklagt, erwider ich, daß sich die Regierung streng an die Vorschriften des Gesetzes gehalten hat.

Herr v. Kleist-Rekow spricht seine Befriedigung darüber aus, daß man sich aber zwei Punkte völlig in Uebereinstimmung befindet: über die Nothwendigkeit einer Ermäßigung der directen Steuern und Umwandlung derselben in indirecte und ferner über den sowohl in Stadt wie Land herrschenden Druck in der Besteuerung. An den Finanzminister möchte er die Bitte richten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Matrikularbeiträge abgeschafft würden.

Finanzminister Camphausen: Wenn ein Fremder der heutigen Besprechung beizuwohnte, so würde er vielleicht auf den Gedanken gerathen können, als ob in Preußen die directen Steuern außerordentlich erhöht worden seien; das ist durchaus nicht der Fall. Wenn wir die Behörden belästigen wollten, eine Statistik auszuarbeiten für die Jahre 1869—70 und für die Jahre nach der Steuerreform, so würde sich gewiss eine sehr große Ermäßigung ergeben, und auch die Vorschriften in Bezug auf die Erhebung haben sich, wie schon der Regierungskommissar hervorgehoben, durchaus nicht geändert. Wenn dann die Discussion auf die Frage der Entscheidung zwischen directen und indirecten Steuern sich erstreckt hat, so kann ich hier nur wiederholen, was ich schon früher ausgesprochen habe, daß eine Erhöhung der Steuern nicht die directen, sondern die indirecten Steuern in Betracht ziehen, und daß die Abschaffung der Matrikularbeiträge erstrebt werden müsse. Wir haben ja auch versucht, dies Ziel zu erreichen und haben dem Reichstag eine neue Wollsteuer und die Erhebung der Brausteuer vorgelegt, sind aber nicht durchgekommen. Die Matrikularbeiträge sind weniger schädlich für ein großes Land, wie Preußen, aber sehr drückend für jeden kleinen Staat, mit Ausnahme vielleicht der Hansestädte, welche wegen ihrer Wohlhabenheit sich mit diesen den Charakter einer Kopfsteuer tragenden Beiträgen einverstanden erklären. Ich möchte Sie jedoch bitten, meinen Einfluß in dieser Frage nicht zu überschätzen, ich kann den betreffenden Antrag nur beim Bundesrat und dem Reichstage stellen; was dort sein Loos sein wird, kann ich nicht sagen. Wenn man dann die Frage aufgeworfen hat, ob ich gegonnen bin, die Befreiung von der Steuer in den unteren Stufen weiter auszudehnen, so kann ich diese Frage nur positiv bejahen. Endlich ist noch Klage über die Communalbesteuerung erhoben worden. Hier habe ich aber keinen directen Einfluß; darin freilich wird wohl Jeder einverstanden sein, daß man die Forderung an die Leistungsfähigkeit der Communen nicht fortwährend steigern, sondern daß man auch hier einmal eine Grenze statuirt.

Graf Brühl weist darauf hin, daß durch die Verringerung der Steuern im Etat von Seiten des Abgeordnetenhauses klar die Sympathie zwischen der liberalen Majorität des anderen Hauses und der Regierung hervorgehe. In dem Steuerreform werde man wieder zu den früheren Grundsätzen zurückkehren müssen, wenn die vielen Klagen aufhören sollten, nämlich zur Aufbringung der Steuern durch Repartition auf die einzelnen Provinzen, ebenso wie man auch auf anderen Gebieten zu den alten bewährten Zuständen zurückgehe.

Hiermit wird die Generaldiscussión geschlossen. In der Specialdebatte geben zunächst die Renapramien und der jüngste Beschuß des Unions-Clubs, künftig zu den Steuerebene-Rennen aus professionirte Reiter zuzulassen, Anlaß zu einigen Bemerkungen, welche Graf Udo zu Stolberg, Graf Lehnvorff und Herzog von Ujest unter einander austauschen und den Finanzminister zu der Erklärung veranlassen, daß die Regierung dem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuwenden werde.

Zu den Einnahmen des Cultussetats bemerkt Herr von Kleist-Rekow, er hätte eigentlich dazu viel zu sagen, daß, wenn er anfangen wolle, sein Herz auch überfließen müßte, weshalb er bei der Geschäftsfrage des Hauses es vorzieht, seine Bemerkungen bei einer späteren Gelegenheit zu machen.

Beim Etat der Staatsschuldenverwaltung spricht Graf zu Lippe den Wunsch aus, daß die für Schatzanweisungen ausserordentliche Ausgabe im künftigen Etat nicht wieder erscheinen möge, da solche voraussichtlich so wenig wie in den letzten Jahren würden ausgegeben werden.

Dieser Annahme tritt der Finanzminister mit Hinweis auf den hohen Betrag der demnach zu realisirenden Eisenbahncrédite entgegen.

Unter den Ausgaben des Cultus-Ministeriums vermischt Baron v. Senft-Pilsach die den Geistlichen gesetzlich zustehenden Entschädigungen

für den Ausfall der Stolzgebühren, welchen sie in Folge des Civilgesetzes erlitten.

Cultusminister Dr. Falk entgegnet, daß dafür unter Tit. 15 in Cap. 124, ebenso wie im vorjährigen Etat, 500,000 M. ausgeworfen seien. Sollte die Summe nicht ausreichen — was jedoch unwahrscheinlich — so werde sie überschritten werden.

Baron v. Senft-Pilsach: Der Ausfall der Stolzgebühren beträgt, wie der Oberbaurath ausgerechnet hat, 3 Millionen Mark; und nun findet man die armen Leute mit 500,000 Mark ab! Das schmerzt mich aufs Tiefste. Ich kann für einen solchen Etat nicht stimmen.

Cultusminister Dr. Falk: Der Herr Vorredner irrt sich gewaltig; nicht der Ausfall an Stolzgebühren, sondern die ganze Summe derselben beträgt nach der Veranschlagung des Oberbauraths 3 Mill. Mark. (Seitens.)

Die Gehälter der Elementarlehrer geben dem Freiherrn v. Mirbach Anlaß zu der auch im Abgeordnetenhaus gehörten Beschwerde, daß die Gemeinden und Gutsbezirke trotz ihrer häufig ungenügenden Prästationsfähigkeit durch Regierungsverordnung zur Aufbesserung der Lehrergehälter gezwungen worden seien. — Oberbürgermeister Gobbin wünscht, daß diese Streitfrage von dem Unterrichtsgesetz getrennt und zwar Angehörig ihrer Dringlichkeit vorher gesetzlich geordnet werde.

Der Cultusminister entgegnet, daß es gerade die finanzielle Seite des Unterrichtsgesetzes sei, welches sein Zustandekommen zu sehr erschwere, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden resp. Gutsbezirke sei übrigens eingehend geprüft worden, bevor man sie zu der gedachten Aufbesserung angehalten habe — eine Versicherung, deren Richtigkeit v. Kleist-Rekow Angehörig der zahlreichen übereinstimmenden Klagen aus Ostpreußen bezweifelt.

Tit. 13 des Cap. 126, der 300,000 Mark zu Anlässen von Kunstwerken für die National-Gallerie auswirft, ist nach der Ansicht des Barons von Senft-Pilsach eine ungerechtfertigte Besteuerung des ganzen Landes zu Gunsten der Stadt Berlin, welche allein davon den Nutzen habe. Er werde auch aus diesem Grunde gegen den Etat stimmen.

Nachdem noch Fürst zu Carolath-Beuthen einige Worte zu Gunsten einer besseren Vertheilung der hinterlassenen verunglückter Forstbeamten gesprochen, wird der gesamte Etat nebst dem Etatgesetz angenommen. Dagegen stimmt allein v. Senft-Pilsach.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der Budget-Commission über die Nachweisung der Beträge des nach dem Gesetz vom 30. April 1873 gebildeten Dotationsfonds der Provinzial- und Kreisverbände.

Der Antrag der Commission geht dahin, die Nachweisung als erledigt anzusehen.

Berichterstatter Graf Udo zu Stolberg will zwar die bereits vielfach erörterte Angelegenheit nicht von Neuem eingehend beleuchten, sieht sich aber veranlaßt, zu betonen, daß der Finanzminister einen Fehler begangen, als er abweichend von den alten preussischen Verwaltungstraditionen bei der Verlegung der Fonds mehr auf die hohe Verzinzung als die Sicherheit der erworbenen Werthe gesehen. Unangeführt bleibt für ihn auch das Verhalten der Seehandlung, von der man nicht weiß, ob sie eigentlich im Interesse des Staats oder in dem des betreffenden Consortiums gehandelt. Gegenwärtig sei indessen die ganze Streitfrage lediglich noch eine academische, weshalb die Angelegenheit auch nach dem Antrage der Commission als erledigt angesehen werden solle.

Herr v. Mirbach vermißt immer noch die erwünschte Aufklärung über die Courstreiberei am 3. Januar d. J. Beider Äußerungen veranlassen den Finanzminister zu einer nochmaligen Darlegung des ganzen Vorganges vom Antrage der Prioritäten an bis zum 3. Januar d. J. Die Courstreiberei an diesem Tage sei im Wesentlichen die Reaction gegen das bis dahin bestandene Ueberwiegen der Waiffpartei an der Börse gewesen. Ausgangspunkt dieses Tages werde kein Mensch mehr zweifelhaft über die Sicherheit der Hannover-Altenbekenner und Berlin-Ostlicher Prioritäten sein, dafür bürge schon der heutige Courstzettel. Unangeführt liegen allerdings die Prioritäten der Halle-Sorau-Gubener Bahn; allein die heutige Lage der Gesellschaft sei zur Zeit der Erwerbung der Papiere nicht vorauszusehen gewesen, und hofentlich werde auch das in Rede stehende Unternehmen noch zu einem guten Ende führen. Der Behauptung, daß die Dotationsfonds durch den Besitz der Halle-Sorau-Gubener Prioritäten zu kurz kommen würden, müsse er ein directes Nein! entgegenstellen. Denn die Bahn habe mit ihrem Anschluß an die Halle-Kasseler Bahn und wegen der dadurch bewirkten Verbindung der Niederschlesisch-Märkischen Bahn mit denen des Westens noch eine große Zukunft: sie werde voraussichtlich eine der wichtigsten mitteldeutschen Bahnen werden. Wollten die Actionäre dessen ungeachtet das Unternehmen im Stich lassen und bei einem eintretenden Concurs auf alle ihre Zinnscheine verzichten, so würde er vor der merkwürdigen Befähigung der Inhaber dieser Papiere nur eine sehr geringe Achtung haben. Er hoffe, daß die Zeit nicht lange mehr ausbleiben werde, wo die Stimmen, welche heute die Art und Weise der Verlegung des Dotationsfonds nicht laut genug beurtheilen können, sich ihrer ausgesprochenen Befürchtungen und Weisungen noch schämen werden! (Beifall links.)

Landrath v. Winterfeld: Diese Angelegenheit zerfällt in die zwei ganz verschiedenen Fragen: 1) Ist durch die Verlegung des Dotationsfonds ein Schaden für die Beteiligten erwachsen und wer hat eventuell dafür aufzukommen? Diese Frage geht allein die Provinzen an und hat uns hier gar nicht zu beschäftigen. 2) Ist durch die Verlegung des Dotationsfonds ein Präcedenzfall geschaffen, der die Staatsbehörden nöthigen wird, von der Ansicht über die Communen und Corporationen bei Verlegung dieser Fonds abzugehen, so daß die Communen gegenwärtig in der Verlegung dieser Fonds frei vorgehen können? Ueber diese zweite Frage bitte ich den Finanzminister, uns eine authentische Auskunft und Erklärung zu geben.

Finanzminister Camphausen: Es ist zwischen mir und dem Minister des Innern lediglich über die Anlegung dieses Fonds verhandelt worden. Ich sehe voraus, daß der Minister des Innern ebenso wie ich — aber es ist das eben nur eine Voraussetzung — nicht den geringsten Zweifel darüber hat, daß durch diese Vorgänge an den Vorschriften für die Veranlagung der den Communen und Corporationen angehörigen Fonds nicht das Geringste geändert worden ist, noch hat geändert werden sollen.

Oberbürgermeister Gobbin: Es handelt sich hier einfach darum, ob der Finanzminister nach dem Gesetz und bona fide gehandelt habe oder nicht. Da sich die Commission über diese Frage bejahend ausgesprochen hat, so verstehe ich nicht, weshalb man das Bedürfnis betont, die Sache aus der Welt zu schaffen. Wenn man dem Finanzminister jetzt Vorwürfe macht, so hätte man diese Bedenken äußern sollen, als die Vorlage über die Anlegung der Fonds gemacht wurde, jetzt sind die Bemerkungen völlig überflüssig. Daß der Herr Finanzminister speculativ vorgegangen sei, kann man bei den 4½ Prozent Zinsen nicht sagen, ich glaube, daß er als ein guter Haushalter streng nach dem Gesetz gehandelt hat.

von Kleist-Rekow kommt noch einmal auf die Courstreiberei an der Börse in den ersten Tagen des Januar zurück, die jedenfalls im Interesse der Regierung sehr zu beklagen seien.

Finanzminister Camphausen: Ich kann in dieser Angelegenheit nur die wiederholte Erklärung abgeben, daß eine Einmischung von unserer Seite zur Herbeiführung künstlicher Course nicht stattgefunden hat. Die von einer Seite vorgeschlagene eidlche Vernehmung der Waller, um die Veranlassung dieser Courstreiberei herauszubekommen, kann von unserer Seite deshalb nicht gegeben werden, weil wir dazu gar nicht berechtigt sind. Dazu wäre nur die Möglichkeit vorhanden, wenn das Ganze Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung wäre. Ich bin der Meinung, daß die Einwirkung auf die Erhebung der Course stattgefunden hat von einer Seite, die geglaubt hat, der Staatsregierung damit einen Dienst zu erweisen; ich glaube aber nicht minder, daß die Einwirkung auf das plötzliche Herunterfahren der Course am 4. Januar umgekehrt von einer Seite stattgefunden hat, die ein wesentliches Interesse daran hatte, der Finanzverwaltung einen kleinen Schabernack zu spielen. Ich sollte im Uebrigen meinen, wir könnten diese Angelegenheiten jetzt endlich auf sich beruhen lassen, nachdem man sich allseitig davon überzeugt hat, daß ihre Bedeutung ganz und gar überschätzt worden ist.

Graf zu Lippe hält es nicht für gerechtfertigt, daß sich alle Unzufriedenheit gegen die ausführende Behörde, den Finanzminister richte. Derselbe

habe einzig und allein nach dem Gesetz und mit der Zustimmung des Landtags gehandelt, es könne ihn deshalb in keiner Weise ein Vorwurf treffen. Der Antrag der Commission wird hierauf angenommen. Nächste Sitzung unbestimmt. — Schluß 4½ Uhr.

Berlin, 24. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Königl. Bergwerksbeamten, Bergmeister Kapuscinski zu Jaroslaw, Knibbe zu Bochum, Offenberg zu Dortmund und Jung zu Essen, von welchen der Erstgenannte demnächst in den Ruhestand tritt, den Charakter als Bergarbeiter verliehen.

Der bisherige Königl. Kreis-Baumeister Friedrich Christian Lichnow zu Mbeine in Westfalen ist zum Königl. Bau-Inspecteur ernannt und ihm die Bau-Inspectorstelle in Essen verliehen worden. Der Königl. Kreis-Baumeister Karl Wolff zu Meppen ist in gleicher Amtseigenschaft nach Herzberg am Harz versetzt worden.

Berlin, 24. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfingen heute Vormittag Allerhöchsthre Majestät-Adjutanten, die Obersten Grafen Waldersee, Chef des Generalstabes X. Armee-Corps, und Prinzen Heinrich XIII. Reuß, Commandeur Allerhöchsthres Königl. Husaren-Regiments, sowie den Fürsten zu Salm-Horrmann, nahmen in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Melbungen entgegen, darunter die des Generals der Infanterie von Blumenthal und des General-Lieutenants von Voigts-Rhege, und hörten die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Madat, des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Rameke und des Chefs des Militär-Cabinetts, Generalmajors v. Albedyll.

Gestern Abend wohnte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihren Königl. Hoheiten den Großherzoginnen von Sachsen und von Baden der Delegirtenversammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins bei, in welchem der Staatsminister a. D. von Goltzher aus Stuttgart einen Vortrag über die Organisation des württembergischen Wohlfahrtsvereins hielt.

Heute findet für die noch anwesenden hohen Gäste ein Diner im Kaiserlichen Palais statt.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags die Melbungen mehrerer Offiziere entgegen. Nachmittags 5 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen Hoheiten ein größeres Diner statt, zu welchem Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Georg von Sachsen, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern, der hiesige sächsische Gesandte Hr. von Rott, der Militärbevollmächtigte Major v. d. Planitz und die als Deputation hier anwesenden Offiziere Sr. Kaiserlichen Hoheit 2. sächsischen Husaren-Regiments Nr. 19, sowie Andere eingeladen waren. Um 7½ Uhr Abends begaben sich Ihre Kaiserlichen Hoheiten nach dem Anhalter Bahnhof, um sich dort vor Ihren Königl. Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Georg von Sachsen zu verabschieden; später besuchten Höchstdieselben noch die Vorstellung im Opernhaus.

© **Berlin, 24. März.** [Die Eisenbahnvorlage. — Die Reichs-Justizgesetze. — Die neue Städteordnung.] In einigen Blättern wird die Frage erörtert, ob Fürst Bismarck in seiner Eigenschaft als Präsident des Staatsministeriums persönlich den Gesetzentwurf wegen der Eisenbahnfrage einbringen und sofort mit erläuternden Bemerkungen begleiten werde. Man darf mit Rücksicht auf die jetzt geltenden parlamentarischen Gesetzkörpern wohl annehmen, daß ein solches Verfahren nicht in Aussicht steht. Bekanntlich ist es schon seit Jahren mehr und mehr Brauch geworden, daß die Gesetzentwürfe von Seiten des Staatsministeriums durch Uebersendung an das Präsidium dem Hause vorgelegt werden, namentlich in Fällen, wo den Vorlagen ausführliche Motive beigegeben sind. Die Vorlegung des Staatsbahnbauetat allein erfolgt regelmäßig durch den Finanzminister, der sofort auch die Gelegenheit benützt, um einen allgemeinen Ueberblick über die finanzielle Lage des Landes und über die Ergebnisse der Finanzverwaltung daran zu knüpfen. Was die Motive der Eisenbahnvorlage betrifft, worüber auch mancherlei ungenaue Angaben in die Öffentlichkeit gelangt sind, so verlautet, daß dieselben eine größere Ausdehnung haben. Es darf als wahrscheinlich gelten, daß bei der ersten Lesung der Vorlage die Staatsregierung Veranlassung nehmen wird, die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen sie bei diesem Gesetzentwurf geleitet worden, näher zu entwickeln. Auch glaubt man, daß Fürst Bismarck sich an diesen Erläuterungen bei Gelegenheit der ersten Lesung betheiligen wird. — Im Justizministerium nehmen die Beratungen mit Sachverständigen in Betreff der Reichs-Justizgesetze ihren regelmäßigen Fortgang. Dieselben sind nicht so schnell beendet worden, als noch in voriger Woche erwartet wurde; man glaubt aber, daß die Konferenzen, wenn nicht schon morgen, so doch jedenfalls in den ersten Tagen der nächsten Woche zum Abschluß gelangen werden. — In Sachen der neuen Städteordnung wird auswärtigen Blättern geschrieben, daß die Ausdehnung derselben nicht nur für Rheinland-Westfalen, sondern auch für Posen gesichert sei. Es wird dann hinzugefügt, daß in Bezug auf das Wahlrecht in parlamentarischen Kreisen der Gedanke Eingang finde, das gleiche Wahlrecht wenigstens alternativ neben das Dreiklassen-Wahlrecht hinzustellen und die Entscheidung über die Annahme des einen oder des anderen verfassungsrechtlichen Regelung zu überlassen. Was die Ausdehnung des Geltungsbereichs der neuen Städteordnung betrifft, so muß lediglich daran erinnert werden, daß der Minister des Innern schon ausdrücklich sich dahin ausgesprochen hat, es liege in der Absicht der Regierung, die neue Städteordnung auch auf die westlichen Provinzen auszudehnen, und daß es wünschenswerth sei, dasselbe System auch auf Frankfurt in Anwendung zu bringen. Wenn ferner besondere Wünsche in Bezug auf das städtische Wahlrecht angedeutet werden, so ist daran zu erinnern, daß für das Zustandekommen eines allgemeinen als wünschenswerth und dringend bezeichneten Gesetzes nicht bloß auf die Stimmung des Abgeordnetenhauses, sondern auch darauf Gewicht zu legen ist, daß dem Herrenhause gerade auf diesem Gebiete ein besonderer Einfluß zugesprochen werden muß und zwar mit Rücksicht darauf, daß in demselben nicht allein das städtische Element durch die Bürgermeister verfassungsmäßig vertreten ist, sondern daß auch gerade im Herrenhause factisch eine große Zahl von Männern sich vorfindet, denen auf dem Gebiete städtischen Lebens und städtischer Verwaltung eine große Summe von Sachkenntnis und Erfahrung zur Seite steht.

[Die „Germania“] hat in Folge der durch die Zeitungen gegangenen Nachricht, daß der Oberpräsident von Hessen-Rassau den Bischof von Limburg aufgefordert habe, sein Amt niederzulegen, sich auf telegraphischem Wege in Limburg erkundigt und von dort den Bescheid erhalten, daß „bis jetzt noch Nichts eingetroffen“ sei. Im Uebrigen hält die „Germania“ die Nachricht „an sich nicht für unwahrscheinlich“; sie schließt ihre Betrachtungen aus Anlaß des Falles also: „Dem Herrn Bischof gönnen wir unfererseits den ihm sehr notwendigen Temperaturswechsel und wünschen ihm, daß er anstatt seiner bisherigen beschränkten Räumlichkeiten alsbald ein größeres Quartier am Tralagar-Square zu London beziehen möge.“

Schwerin, 23. März. [Mecklenburgische Zustände.] Es giebt doch allerliebste Dinge im Lande Mecklenburg. Es ist wirklich ein Glück, daß inmitten des jetzt so einseitigen Deutschen Reiches noch hier und da eine kleine Dase gegeben ist, ein kleines Ueberbleibsel aus der Geschichte der verflochtenen Kleinstaaterei. Jene unwillkürliche Komik, die mit gar ehrwürdiger Amtsmiene die schnurrigsten Dinge

hat, ist eben unerseßlich, unsere Zeit nützt gar so sehr alle charakteristischen Eigenthümlichkeiten; freuen wir uns, daß „unsere Zeit“ noch nicht über die Grenzen des Obotritenlandes gedrungen ist. Man lese den folgenden Bericht über die letzte Sitzung des Bürger-Ausschusses der Großherzoglichen Haupt- und Residenzstadt Schwerin vom 21. d. Mis:

In der heutigen Sitzung des Bürger-Ausschusses kam ein Schreiben des Magistrats vom 13. d. Mis. zur Verlesung, in welchem derselbe mittheilt, daß es durch das abschließend befolgende P. M. des Herrn Geheimen Hofraths Böhle zur Kenntniß des Magistrats gekommen sei, daß der löbliche Bürger-Ausschuss zum Geburtsstage Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs ein Gratulations-Schreiben an Allerhöchstdieselben gerichtet habe; er erlaube den Herrn Vorsitzenden des Bürger-Ausschusses daher, darüber weitere Mittheilungen zu machen, event. unter Einbindung des betreffenden Protokolls. Nach dem erwähnten P. M. des Herrn Geheimen Hofraths Böhle vom 9. d. Mis. hat Se. Königl. Hoheit der Großherzog denselben zu sich gebieten lassen und ihn gefragt, wie es komme, daß der hiesige Bürger-Ausschuss zu seinem Geburtsstage ihm eine Glückwunschk-Adresse überreicht hätte, da doch der Magistrat Namens der ganzen Stadt durch eine Deputation mündlich seine Glückwünsche abgeleitet hätte. Darauf habe er entgegnet, daß dem Magistrat von diesem Vorgange amtlich nichts bekannt geworden sei, da ihm weder eine Anzeige von einer Sitzung des Bürger-Ausschusses, in welcher eine zu Allerhöchsten Händen zu besördernde Adresse beraten werden solle, geworden, noch die Adresse selbst zur Kenntniß gebracht sei. Seine Königl. Hoheit habe darauf erwidert, so gern Sie auch den Ausdruck loyaler Gefühle aus allen Kreisen Ihrer Unterthanen entgegennehmen, so müßten Sie doch darauf halten, daß dies in ordnungsmäßiger Weise geschehe, und Sie hätten ihn darauf beauftragt, dem Magistrat hieron Mittheilung zu machen und demselben zu eröffnen, daß, wenn der Bürger-Ausschuss sich gedrungen fühle, seine Glückwünsche zu Ihrem Geburtsstage auszusprechen, dies nur durch den Magistrat oder nur in Gemeinschaft mit demselben geschehen möge.

Frier, 24. März. [Verhaftung.] Nachdem die Ende voriger Woche bei Herrn Pastor Classen vorgenommene Pfändung fruchtlos ausgefallen war, wurde am 20. d. die Verhaftung desselben in seiner Wohnung vorgenommen. Wie die „S.-u.-M.-Ztg.“ hört, handelte es sich zunächst um Vollstreckung zweier Urtheile des Zuchtpolizeigerichts von je 3 Monaten. Es hatten sich ca. 150 Personen vor der Wohnung des Herrn Classen eingefunden, welche ihn in das Arrestlokal begleiteten. Ruhestörungen sind jedoch nicht vorgekommen, man müßte denn dahin rechnen, daß eines der mitziehenden Mädchen seiner enthusiastischen Stimmung durch einen Hurrah-Ruf Luft machte.

München, 24. März. [Dementi.] Das neuerdings mit aller Bestimmtheit auftretende Gerücht, als ob Minister v. Luz mit seiner Entlassung eingekommen und dessen Nachfolger bereits bestimmt wäre, ist, wie die „S. G.“ zuverlässig erfährt, ohne jede Begründung.

Österreich.

Wien, 24. März. [Das Abgeordnetenhaus] hat die von der Regierung wegen Regelung des Königsbodens gemachte Vorlage mit allen Stimmen gegen diejenigen der Siebenbürgischen Sachsen angenommen.

* **Agusa, 19. März.** [Vom Schauplatz der Insurrection.] Die von der Emigration heimgekehrten Nachbarn der Desterreich, Serbien und namentlich Montenegro sind mit den Flüchtlingen in keine geringe Verlegenheit gekommen. Die Vertheilung des Reformierman hat eine nur noch größere Emigration zur Folge gehabt und sollen in diesen drei Ländern zusammen jetzt bereits schon über 200,000 Flüchtlinge Aufnahme und Unterhalt gefunden haben. Hieron fallen allein auf Montenegro über 60,000, welche die Regierung erhalten muß. Erwägt man nun, daß Montenegro kaum seine Unterthanen ernähren kann, so wird man das Opfer anerkennen, welches dieser kleine Staat seinen Glaubensgenossen bringt. — Das türkische Gouvernement hat Nassar Essendi zwar mit ausgebreiteter Vollmacht zur Pacifirung nach der Herzegowina entsandt, aber es läßt sich kaum annehmen, daß seine Bemühungen einen Erfolg erzielen werden. Zum Wiederaufbau ihrer niedergebrannten Dörfer und verwüsteten Felder hat Nassar-Essendi nur 3000 Lire aus Constantinopel nach Mostar mitgebracht, eine Summe welche im Verhältnis zu dem Bedürfnis lächerlich klein erscheint. Die Türken haben in den letzten Tagen 3000 Rekruten in Klek ausgeschifft, eine Zahl, die jedoch wenig mehr als den Abgang der letzten Wochen deckt. Gleichzeitig ist daselbst eine Sendung mit Munition eingetroffen. Rißic, eine an der montenegrinischen Grenze gelegene Festung, kann sich nicht länger wegen Mangel an Lebensmitteln halten und ist dieser Ort schon zum Theil von seinen Bewohnern verlassen worden. — Muztar-Pascha sucht 2000 Paschi-Bozouks, irreguläre Truppen, um mit Hilfe dieser Verstärkung Rißic zu verproviantiren.

Frankreich.

© **Paris, 22. März.** [Präfectenwechsel. — Zum Unterrichtsweisen. — Zur Vereinigung aller Republikaner. — Ordensverleihung.] Endlich bringt heute das Amtsblatt die Veränderungen im Präfectenpersonal, 26 an der Zahl. Ihrer Stellung vollständig entbunden sind 13 Präfecten, von denen 5 ohne Weiteres entlassen sind: de Tracy (Rhodanemündung), Guignez de Champan, (Gard), Pascal (Gironde), Behr (Loiret), de Foucault (Vogesen); 3 sind zur Disposition gestellt: Chambron (Meurthe-et-Moselle), Doncieux (Aube), de Serres (Aveyron) und 4 sind auf ihr Ersuchen pensionirt worden, unter ihnen de Sanbrans (Haute-Garonne). Der bekannte Präfect von Tarn-et-Garonne, Herr Després, ist zu anderen Functionen berufen, was einer Absetzung in milderer Form gleichkommt. Unter den Präfecten, die nur die Stellung gewechselt haben, befinden sich: Limbourg (zum Präfecten von Seine-Inférieure ernannt), Decrais (Gironde), Sigot (Meurthe-et-Moselle). Der bisherige Präfect der Niederpyrenäen de Nadailhac geht nach Tours (Indre-et-Loire). Seine Erhaltung im Amte wird von den Republikanern übel aufgenommen; er verdankt dieselbe jedenfalls nur seinen persönlichen Beziehungen zu Mac Mahon. Im Allgemeinen finden jedoch die vorstehenden Veränderungen, denen noch andere folgen sollen; die Billigung der Presse. Der Unterrichtsminister Waddington wird auch, wie es heißt, bald von sich hören lassen. Man erzählt, daß er am Donnerstag im Austrage der Regierung den Gesetzesvorschlag, die Zurückgabe der Grabverleibung an den Staat betreffend, der Deputirtenkammer vorlegen wird. — Die Gambetta'sche Partei scheint ihren Plan, die gesammten Republikaner in einer Gruppe zu vereinigen, trotz des augenblicklichen Mißerfolges aufrechtzuerhalten zu wollen. Die „republikanische Union“ (äußerste Linke) hat in einer heutigen Sitzung, in welcher vor Allem Gambetta als Redner auftrat, den Beschluß gefaßt, vorläufig sich nicht als besondere Gruppe zu constituiren, sondern den Augenblick abzuwarten, wo eine gesammte Vereinigung aller Republikaner sich bewerkstelligen ließe. — Mehrere Blätter melden, daß die Republikaner der Deputirtenkammer nächsten den Antrag auf Wiederherstellung des Eifererutins stellen werden. — Der König von Spanien hat dem Duc Decazes das Halsband Karls III. verliehen.

© **Paris, 23. März.** [Aus der Deputirtenkammer. — Gambetta gegen die Verstückelung der republikanischen Mehrheit. — Die Presse über den Präfectensub. — Zum Amnestieantrage.] Wenn die Regierung den Vorwurf verdient, daß sie noch wenig oder nichts gethan habe, um das neue politische System kräftig zu betheiligen, so hätte jedenfalls die Landesvertretung Unrecht, dem Cabinet diesen Vorwurf zu machen. Denn sie

selber verdient ihn in hohem Maße. Die Deputirten versammeln sich täglich zu allerlei Conferenzgesprächen, aber ihre öffentlichen Sitzungen bleiben inhaltslos. Man ist bei Weitem noch nicht mit der Wahlbestätigung fertig. Gestern wurden in der Kammer vier Wahlen bestätigt und es bleiben noch mehr als sechzig Mandate zu prüfen. Der Präsident Grévy tabelte entschieden die Langsamkeit der Bureau, die mit den Vorarbeiten nicht fertig werden können. Im Laufe der Sitzung legte Thourel den Commissionsbericht über die Aufhebung des Belagerungszustandes nieder, las ihn aber nicht vor, daher die Discussion heute noch nicht beginnen kann. Der Senat hielt gar keine Sitzung, und das wichtigste parlamentarische Tagesergebnis bestand in der Versammlung der Gambetta-Partei, worin diese Partei, die ehemalige äußerste Linke, definitiv beschloß, sich nicht mehr als geschlossene Fraction zu constituiren. Gambetta selbst motivirte diesen Entschluß wie folgt: „Eine nahe Zukunft schon wird zeigen, welchen Fehler man begangen hat, indem man die republikanische Mehrheit theilte und zerstückelte. Nach meiner Ansicht hat man den Willen des Landes verkannt. Man hat ein linkes Centrum und eine Linke gebildet und damit wollte man uns ohne Zweifel zwingen, eine äußerste Linke zu bilden und so einen großen Theil unserer Kraft zu verlieren. Man wird später diese äußerste Linke weiter zerstückeln wollen. Aber, wenn wir darauf nicht eingehen, und wenn wir keine gesonderte Gruppe ausmachen, so werden wir darum in der Versammlung nicht weniger stark sein. Ich glaube, daß wir uns freie Hand bewahren müssen, bis auch die Anderen diese Wahrheit einsehen und sich entschließen, eine compacte Mehrheit zu bilden, welche gewillt ist, ihre Kraft der Regierung fühlbar zu machen.“ Nach Gambetta ist die Partei des Widerstandes bemächtigt, eine Art Schauspiel zwischen dem rechten und dem linken Centrum herbeizuführen und so allmählig die gemäßigten Republikaner den vorgeschrittenen zu entreißen. Diesen Plan müsse man vereiteln. Gambetta hätte hinzusetzen können, daß bisher die äußerste Linke eher die anti-republikanischen Pläne begünstigt hat, indem sie selber den Amnestieantrag als einen Zankapfel in die republikanische Mehrheit schleuderte. — Die Blätter kritisiren heute den Präfectensub. Die „Republique française“ hält denselben für ungenügend; sie billigt nicht, daß 13 arg compromittirte Präfecten mit einer einfachen Versetzung davon gekommen sind und daß man einem Departement einen mißliebigen Beamten abnimmt, um denselben einem anderen Departement aufzubringen. Herr von Nadailhac verläßt Pau, wo er seine Caristen mehr zu beschützen hat, und geht nach Tours, wo er einen Theil der Caristen wiederfindet. Glaubt man, daß sein Ruf ihm nicht längst dorthin vorangegangen ist? Man vertritt die Verwaltung eines großen Bezirkes wie das Nord-Departement Herrn Lijot an, der in der Seine-Inférieure der unermüdlige Diener der monarchistischen Coterien gewesen; denkt man, daß er während der Reise von Rouen nach Lille den alten Adam ausziehen wird? Auch die anderen republikanischen Blätter nehmen heute die Veränderungen im Verwaltungspersonal unfreundlicher auf als die weniger radicale Abendpresse. Vor Allem tadelt man, daß der Präfect von Savoyen, de Journès, von dem längst so erbauliche Dinge im Senat berichtet wurden, auf seinem Posten bleibt. Es heißt jedoch, daß er bei dem zweiten Schub, der vor acht Tagen erfolgen werde, an die Reihe kommen soll. „Man verzögert den zweiten Schub, bemerkt dazu das „Evénement“ spöttisch, um nicht die öffentliche Meinung zu stark aufzuregen. Vielleicht wird er deshalb gar nicht statthaben. Und die Verwaltung wird ihren alten Weg weiter gehen. Wir täuschen uns: man wird den Präfecten, welche sich durch die Wahlerrinnerungen beschwert fühlen, eine Lustveränderung gewähren, vorausgesetzt, daß man sie nicht avanciren läßt.“ — John Lemoine geht in den „Débats“ den Urhebern des Amnestieantrages zu Leibe. Er beschuldigt sie alle der abscheulichsten Heuchelei und nimmt nur den alten Raspail aus, der wirklich inmitten dieser parlamentarischen Comödie aufrichtig gewesen und die Sprache des Mitleids und der Verzeihung geredet habe. Aber er irre sich, wenn er von Verzeihung spricht; nicht Verzeihung verlange man für die Verbrecher der Commune, sondern Rechtfertigung und Rehabilitation. Uebrigens nimmt Niemand den Amnestievorschlag ernsthaft und alle Welt weiß wohl, daß er nur ein Wechsell ist, der in den öffentlichen Wahlversammlungen aufgestellt worden.

Spanien.

Madrid, 16. März. [Aus dem Congresse. — Von den Philippinen.] Die Kammer der Abgeordneten, schreibt man der „R. Z.“, beschäftigt sich noch immer mit der Adresse und wird auch wohl vor dem Eingange des Königs kaum damit aufräumen. Nach der inhaltschweren Rede Romero Ortiz ist es dem jungen Marquis von Carbal, der im Jahre 1874 erster Bürgermeister von Madrid war und heute einziger Vertreter der vordem mächtigen radicalen Partei im Congresse ist, vergönnt gewesen, seinen durch und durch freisinnigen Anschauungen Ausdruck zu verleihen. Er hat das in so gewandter parlamentarischer Weise, inmitten einer gegen ihn und seine Anhänger sehr eingenommenen Versammlung zu Wege gebracht, daß sich der Minister-Präsident Canovas del Castillo zu den wichtigsten Erklärungen herbeiließ, die seit der Thronbesteigung Don Alfonso's von der Regierung gegeben wurden und die mit wenigen Ausnahmen himmelweit von den Theorien des conservativen Elements entfernt sind. Herr Moyano, ein echter Repräsentant dieses Regieren und Gesinnungsgenosse Pidal's, welcher nach ihm sprach, wußte das Interesse nicht im gleichen Grade zu fesseln. Die Cortes von 1876 sind eben nicht mehr empfänglich für die Worte des eingeseiftesten der Moderados. Jene Revolution von 1868, die er als unnöthig und unzeitgemäß einer beißen Kritik unterzog, hat dort unverkennbare Spuren zurückgelassen und Herr Moyano selbst ist ansetzend davon nicht so ganz unberührt geblieben, wenigstens fand er nicht nur Worte, um sich über die der katholischen Einheit drohende Gefahr zu beklagen, sondern auch, um das strenge Pressegesetz scharf zu tadeln. Unter den Reden, die seitdem gehalten worden, verdient nur noch die des Führers der constitutionellen Minderheit einer besonderen Erwähnung. Sie war mit Spannung von allen Liberalen erwartet worden, denn Niemand konnte mit größerer Autorität als Sagasta die Ereignisse vom 3. Januar und 30. December 1874 beleuchten. In wie weit diese Hoffnungen erfüllt worden sind, mag dahin gestellt bleiben. Sagasta, der aus der Schule der früheren Progressisten hervorgegangen und sehr lebhaften Temperaments ist, hat sich streng innerhalb der parlamentarischen Schranken gehalten. Er behandelte einen für die Regierung zu werden und ohne einen Sturm heraufzubeschören. Die Regierung hat ihrerseits die Wirkung, die eine solche Rede hervorbringen könnte, keineswegs unterschätzt; sie ließ durch den Mund ihres Präsidenten antworten und versuchte Mißtrauen und Unzufriedenheit in die Reihen der Opposition zu säen. Canovas zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder in seinem wahren Lichte; seine Schlagfertigkeit ist bewundernswürth, aber seine Lehre, wonach Don Alfonso, wie es bei seiner Mutter der Fall gewesen sei, den Thron kraft seines Erbrechts und ohne Bestätigung durch eine Verfassung inne hätte, ist in allen ihren Theilen unhaltbar. Die kleine Kupfermünze von zwei Cuartos stößt sie um, wie ein Deputirter der Mehrheit treffend bemerkte; denn darauf kann man lesen: Isabel II. por la gracia de Dios y la Constitucion

u. f. w. Posada Herrera hat sich seit dem ihm von Canovas gemachten Vorwurfe allzu großer Nachsicht nicht wieder im Congress blicken lassen. Die ministeriellen Blätter behaupteten Anfangs, er sei unwohl, in Wahrheit aber ist er verstimmt über den erwähnten Vorfall und soll sogar beabsichtigen, den Vorsitz aufzugeben. Die daran geknüpften Vermuthungen über eine Ministerkrise sind einstweilen noch verfrüht. Man kann aber nicht leugnen, daß Canovas, wie vorausgesetzt war, nicht bedingungslos über die Mehrheit in der Kammer verfügt. Schon bei der Debatte über die Adresse erhoben sich Stimmen aus der Rechten gegen das Ministerium, weil es theilweise revolutionären Ursprungs ist. Wie werden die Gegensätze erst zu Tage treten, wenn demnächst der Verfassungsentwurf durchberathen wird! — Von den Philippinen wird gemeldet, daß der General Malcampo von der Expedition gegen den Sultan von Sulu nach Manila zurückgekehrt ist. Der Sultan, welcher sich seit 1871 gegen die von Spanien beanspruchte Oberhoheit aufgelehnt hat, scheint wieder unterworfen zu sein. Diese ministeriellen Blätter hatten vor einigen Monaten behauptet, daß Deutschland die Hand dabei im Spiele habe und den Aufständischen Waffen und Munition liefere (ein Vorwurf, der eben so abgeschmackt wie längst widerlegt ist).

Madrid, 20. März. [Ueber den Einzug des Königs] schreibt man der „R. Z.“: Die Hauptstadt bot heute ein großartiges Schauspiel dar, dasgleichen man sich in Berlin vergegenwärtigen kann, wenn man sich des Siegeszuges der aus Frankreich heimgekehrten Truppen erinnert. Die Straßen waren gedrängt voll von Menschen, als ob überall Jahrmarkt gehalten würde. Aus allen Richtungen hatten die Eisenbahnzüge Schaustafeln herbeigeführt und es entfaltete sich ein um so bunteres Leben, weil die Trachten der verschiedenen Provinzen reichlich vertreten waren. Die Häuser prangten im Schmucke von Teppichen und trugen besonders die Landesfarben, roth und gelb, zur Schau, eine Zusammenstellung, die in sich selbst allerdings keinen wohlthuenden Eindruck auf's Auge macht. Um 10 Uhr zog der König an der Spitze von 25,000 Mann aus dem Lager bei Amani in die Stadt ein. Mehr als fünf Stunden hatte die Puerta del Sol, nicht der größte, aber seiner Lage wegen der bedeutendste Platz in Madrid, den Anblick der vorbeimarschirenden Truppen. Die Geschosse waren mit Vorbeerschüssen umwunden; die den Carlisten abgenommenen, meist von kleinem Caliber, wurden überall mit Triumphgeschrei begrüßt. Dem König scholl selbstverständlich ein ungeheurer Jubel entgegen. „Es lebe der König und Friedensfürst!“ rief die Menge und Schwärme von Tauben, die man mit bunten Bändern geschmückt, stiegen von den Balconen auf, je wenn der jugendliche Triumphator sich näherte. Doch auch seinen Feldherren, die für ihn die Arbeit gethan, mangelte der verdiente Beifall nicht. Quesada, Martinez Campos, Primo de Rivera, Moriones, Loma wurden von den Balconen herab mit Kränzen überdeckt und auch auf die Truppen, zumal auf die Bataillone, welche namhafte Erfolge zu verzeichnen gehabt, fiel aus schönen Händen ein Regen von Laubharn. „Hoch die Vertheidiger der Freiheit!“ wurde geschrien; dazwischen hörte man auch den tiefer in das politische Gebiet eindringenden Ruf: „Nieder mit den Fueros!“ Drei Tage sollen die Festlichkeiten in der Hauptstadt dauern.

[Militärisches.] Auch Spanien wird seinen Jubalidenfonds erhalten, wozu die Mittel freilich nicht aus so starksprudelnder Quelle fließen, wie es im Deutschen Reiche der Fall war. Sowohl die invaliden oder verwundeten Soldaten als die Familien der Gefallenen sollen bedacht werden. Ein königliches Decret erläßt allen Mannschaften der jetzigen Armee ein Jahr ihrer Dienstzeit, die Jahrgänge 1871 und 1872 gehen gleich zur Reserve über; die durch die außerordentliche Aushebung des Jahres 1874 Eingezogenen werden in ihre Heimath entlassen und endlich soll für dieses Jahr die Aushebung fortfallen. Die Effectivstärke der Armee wird voraussichtlich um 100,000 Mann verringert werden.

Großbritannien.

A. A. C. London, 22. März. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] kündigte E. Coghlan an, er beabsichtige demnächst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Occupation Rhodands Seitens Rußlands zu lenken. Der Schatzkanzler bemerkte in Erwiderung einer Anfrage A. J. L. S., er wisse nicht, daß irgend eine Parlamentsacte existire, welche der Bant von England den Ankauf von Suezcanal-Actien für die Regierung verboten haben würde, aber die Charter der Bant enthalte eine Clausel, welche ihr verbiete Handelsgeschäfte zu machen. Die Sachwalter der Bant seien der Meinung, daß diese Clausel sie verhindert haben würde, die Suezcanalactien zu kaufen. Der Schatzkanzler bat Sir S. Wolff, auf seinen Antrag um Erlaß einer Adresse an die Königin, worin dieselbe gebeten werden soll, im Verein mit ihren Ministern die nöthigen Schritte zu thun, um die Neutralität, Controle und Schifffahrt des Suezcanals unter die Vorherrschaft und Garantie des Völkerrechts zu stellen, zu verzichten, da die Gegenwart zur Besprechung dieser Frage nicht geeignet sei. Sir S. Wolff erklärte sich sofort dazu bereit. Demnächst brachte Dr. Cameron (Zanerker) die vor geraumer Zeit erfolgte Beschlagnahme des britischen Dampfers „Talisman“ Seitens der peruanischen Regierung zur Sprache. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses insbesondere darauf, daß der Dampfer mehrere Monate vor seiner Condemnirung durch ein Präsidialgericht von der peruanischen Regierung in ihrem eigenen Dienste verwendet wurde, daß die 18 britischen Unterthanen, welche die Besatzung des Dampfers bildeten, in den peruanischen Flotendienst gepreßt wurden, daß die Mannschaften hierauf ohne vorherigen Prozeß über ein Jahr im Gefängniß schmachten und eine grausame Behandlung erleiden mußten, und daß drei der Offiziere des Dampfers schon über 15 Monate ohne vorhergegangenen Prozeß gefangen gehalten würden. Cameron beantragte sogleich die Niederlegung eines Sonderausschusses zur Untersuchung sämtlicher Umstände des Falles, da die britische Regierung bis jetzt keinerlei Schritte gethan hätte, um für den dadurch der britischen Flagge zugefügten Schimpf irgend einen Redress zu erlangen. Im Laufe seiner weiteren Auseinandersetzungen entwarf Cameron ein fürchterliches Bild von der Natur der Grausamkeiten, welche gegen die Offiziere im Gefängniß verübt wurden, wo, wie er constatirte, einer derselben ermordet wurde, und behauptete, daß dieses Verbrechen nicht im Einklange mit dem Municipalgesetz Peru's stünde und ein solches sei, welches die britische Nation streng abhnen sollte. Sir Henry Bouverie secundirte dem Antrag Bouverie. Der Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten, erläuterte die Umstände, welche der Beschlagnahme des Schiffes vorangingen. Er erinnerte das Haus daran, daß der „Talisman“ in England von dem Agenten Pereira's, der die peruanische Regierung zu stützen beabsichtigte und zu diesem Zweck einen Aufstand gegen das Land angezettelt hatte, gechartert worden. Das Schiff wurde mit Kriegsmunition betrauert und von einem englischen Hafen nach Peru geschickt, um die Pläne Pereira's zu fördern, aber der Revolutionsversuch mißglückte und nach einigem Blutvergießen wurde der „Talisman“ gekapert. Wer die Leute waren, welche für Pereira in England agierten, wisse er nicht, aber er zweifle nicht im Mindesten, daß sie entweder Angehörige Glasgows oder Liverpool's waren. Auf diesen Agenten laste die Verantwortlichkeit für das Mißgeschick, welches die Mannschaften des „Talisman“ betroffen. Was den angeblichen Prozeß gegen die britische Besatzung betreffe, so tiebe derselbe in keinem Vergleich zu dem, welchen die Peruanen, die sich des „Talisman“ zur Ausführung ihrer nichtswürdigen Zwecke bedienten, gegen ein mit England in Frieden lebendes Land verübt hätten. Die peruanische Regierung habe sich freilich einige Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen, aber gegen dieselben habe der englische Consul in Lima energisch remonstrirt und die Regierung habe ihr Bestes gethan, um den gegen die Offiziere und Mannschaften des „Talisman“ eingeleiteten Prozeß zu beschleunigen und der Vertreter der Regierung in Lima sei erst vor wenigen Tagen instruiert worden, zu verlangen, daß der Prozeß unverzüglich statfinde oder daß die Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden. Man müsse auch nicht vergessen, daß die Natur der Gefangenschaft, welche die Mannschaften des „Talisman“ zu erdulden hätte, nicht von der abweiche, welcher selbst Angehörige Perus unterworfen seien. Die Regierung werde das Entschieden der Kronjuristen einholen, ob die „Talisman“-Affäre einen Schadloshaltungsanspruch zulasse, und wenn, so würde derselbe bei der peruanischen Regierung erhoben werden, aber den Antrag auf Niederlegung eines Sonderausschusses zur Untersuchung der Angelegenheit müsse er als einen der Regierung feindseligen bekämpfen.

Sir Henry James, der Attorney-General, behauptete, daß der Unterstaatssecretär in der Vertheidigung der Regierung sich zu streng gegen die Offiziere und Mannschaften des „Talisman“ ausließ. Deren lange Gefangenschaft und grausame Behandlung sei nicht im Mindesten zu rechtfertigen, und die peruanische Regierung habe demnach nicht allein in der willkürlichsten, sondern auch in der geflochtenen Weise gehandelt. Falls die Staatsregierung nicht dem Hause die Vertheidigung ertheile, daß sie die Freilassung der Gefangenen verlangen würde, falls denselben nicht sofort der Prozeß gemacht werde, würde er für den Antrag stimmen. W. Holms meinte, daß, wenn ein solcher Prozeß mit Strafflosigkeit verübt werden könnte, die britische Flagge aufhören würde, britischen Interessen in irgend welchen Meeren Schutz zu gewähren. Gort vertheidigte die Regierung warm. A. J. L. S. glaubte, das Erscheinen einiger britischer Kanonenboote vor Lima würde mehr Wirkung haben, als großsprecherische Depeschen aus dem auswärtigen Amt. Herschell war der Ansicht, die Regierung hätte zu viel protestirt und zu wenig gethan. Der Attorney-General vertheidigte das Verhalten der Regierung unter Anderem mit dem Bemerkten, daß letztere nicht gerechtfertigt sein würde, Panzerschiffe oder Kanonenboote in peruanische Gewässer zu senden, um Redress für einen Bruch des Municipalgesetzes zu verlangen. Im Uebrigen ertheilte er dem Hause die Versicherung, daß die Regierung zu Gewaltmaßregeln schreiten würde, falls ihrem Verlangen auf sofortige Aburtheilung oder Freilassung der noch in Haft befindlichen Offiziere des „Talisman“ nicht Genüge geleistet werden sollte. Eine ähnliche Erklärung gab auch der Schatzkanzler ab. Er fügte hinzu, daß laut einem Telegramm aus Lima vom 15. d. der Prozeß gegen die Offiziere des „Talisman“ bereits im Gange sei. Nachdem noch Forster und Gladstone die Zurückziehung des Antrags befragt, wurde die Debatte darüber nach diesem Hin- und Herbeweg auf unbestimmte Zeit vertagt.

[Das Wachstum Londons.] Der sieben veröffentlichte jährliche statistische Ausweis über die Geburten, Todesfälle und Urfachen der Letzteren in der britischen Metropole zeigt, daß London noch immer im Wachsthen begriffen ist. Die Bevölkerung Londons zur Mitte vorigen Jahres stellte sich ungefähre Schätzung nach auf 3,445,100 Seelen, d. i. 41,358 mehr als im Jahre 1874. Es kommen jetzt 44 Personen auf einen Acre, d. i. 2 mehr als im Jahre 1874. Der Flächenraum Londons beträgt der 2718 Acres der Themse 122 Quadratkilometer. Die Gassen und Straßen haben eine Länge von ca. 1500 englischen Meilen. Die Sterblichkeit des Jahres betrug 23.7 Procent auf 1000 lebende Personen, was um 1.2 Procent höher als im vorhergehenden Jahre und höher als der Durchschnitt der fünf vergangenen Jahre ist. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich der Combination einer Scharlachfieber- und Keuchhusten-Epidemie zuzuschreiben. Im Jahre 1840 betrug die Zahl der Todesfälle 46,281, im Jahre 1875 dagegen 81,573. Diese enorme Vermehrung der Todesfälle ist dem Wachstum der Bevölkerung zuzuschreiben, denn beide waren Durchschnittsjahre. 231 Personen starben an Verletzungen, die sie durch Pferde und Wagen in den Straßen erlitten. Während des Jahres fanden 1529 Feuersbrünste statt. Die Geburten (122,871) überstiegen die Todesfälle (81,573) um 41,358. Die Abgaben für Wasser und Gas befreiten sich zusammen auf 4,112,023 Pfd. St. oder 1 Pfd. St. pro Kopf.

Provinzial-Beitrag.

**** Breslau, 24. März.** [Katholisches.] Nachdem der Herr Oberpräsident unter'm 12. November 1875 bereits entschieden, daß die Zahl der der hiesigen katholischen Gemeinde beigegebenen selbstständigen Katholiken Breslau's als eine erhebliche im Sinne des Gesetzes vom 4. Juli 1875 zu erachten und demnach der Gemeinde eine der hiesigen katholischen Kirchen zur Mitbenutzung einzuräumen sei, hierzu aber die St. Adalbert-Pfarrkirche in Aussicht genommen worden, fand heute Nachmittag auf dem königlichen Polizeipräsidium vor dem Herrn Polizeirath Marschall von Biberstein zwischen den beiderseitigen Kirchenvorständen eine Verhandlung über die Art und Weise der Mitbenutzung statt. Die Deputirten des Kirchenvorstandes von St. Adalbert überreichten beim Beginn der Verhandlung eine Erklärung des Inhalts, daß eine zeitweise Ueberlassung der Kirche unthunlich sei, einerseits weil dieselbe an Sonn- und Feiertagen ununterbrochen benutzt werde, andererseits die durch den Mitgebrauch eintretende communicatio in sacris (!!) mit den Altkatholiken den römischen Katholiken nicht gestattet sei. Der altkatholische Kirchen-Vorstand konnte sich dem gegenüber darauf beschränken, auf den bereits in dem Gesuch an den Herrn Oberpräsidenten beanspruchten Gebrauchen zu bestehen resp. dieselben näher zu präcisiren. Daß die Angelegenheit erst jetzt, im fünften Monat nach Erlaß der Oberpräsidialentscheidung, weiter gefördert werden konnte, findet seine Erklärung darin, daß erst vor wenigen Wochen die Constituirung des Kirchenvorstandes von St. Adalbert vollzogen wurde.

[Notizen aus der Provinz.] * Piegeln. Wie die hiesigen Blätter melden, werden folgende Bewerber um das Diaconat an der Niederkirche eine Probepredigt halten: Pastor Hild aus Guben am 23. April, Stadtpfarrer Schöke aus Drebau am 30. April, Pfarrvicar Romann aus Borsdorf am 7. Mai, Diaconus Pundschler aus Straßburg am 14. Mai, Pastor Demmel aus Ober-Langensielow am 21. Mai, Diaconus Roth aus Cöslin am 28. Mai, Prediger Guntter aus Breslau am 5. Juni.

† Gr. Glogau. Wie ein hiesiges Blatt erzählt, wandelte dieser Tage eine junge Dame mit blonder Coiffure und einem bunten Vogel, dem ein butartiger Sockel als Basis diente, behauptet, in den Vormittagsstunden auf der Promenade. In der Nähe des Preussischen Hofes begegnete sie einer Freundin, die fragte, warum sie denn ohne Hut ausgegangen sei. Erschreckt fuhr die Angeredete mit der Hand nach dem Kopfe und überzeugte sich, daß der Hut nicht mehr vorhanden war. Sofort trat sie spähend den Rückweg an, und siehe da! dort hing der Vogel sammt dem Hute und einem Theil der blonden Locken an einem Baum, der einen seiner Äste tief herabgeschlagen hatte. Mehrere junge Leute umstanden den Baum und betrachteten den seltenen Vogel. Die Dame erhielt aus der Hand des einen derselben ihr kostbares Eigenthum, befestigte, sehr verlegen, den Vogel an dem hinteren Theil ihres Kopfes und schwebte von dannen.

Sprechsaal.

Die Colibatsfrage.

Wenn unser Gegner in der „Schleier'schen“ meine Behauptung, daß die Colibatsfrage die besten und edelsten Gemüther bewegt hat und in der Geschichte der Kirche der dunkle Punkt ist, eine Phrase nennt, so ist es allerdings meine Pflicht, deutlicher zu reden.

1) Auf dem Concil von Nicäa a. 325 war es gerade der sittenstrenge Bischof Pappianus, der durch die einbringlichen Vorstellungen die Concilsväter beschwor, und zu bestimmen mußte, daß die hier und da auf diesem Gebiete bereits gegebenen strengeren Vorschriften nicht beständig, sondern die mildere Praxis acceptirt wurde, es sollten die vor der Ordination unverheiratheten Diaconen, Presbyter und Bischöfe unverheirathet bleiben, als Niemandem unbenommen sein, vor der Ordination noch die Ehe zu schließen.

2) Die Synode von Trulla a. 692 änderte, gestützt auf die üblichen Erfahrungen einer rigorosen Colibatsgesetzgebung, die Bestimmungen der Päpste Sirices und Innocenz dahin ab, daß nur der Bischof ehelos leben, den Diaconen und Presbytern aber vor der Ordination kein Versprechen zum Colibat abgenommen werden sollte, was noch jetzt bei den Griechen gilt.

3) In seiner Kirchengeschichte sagt der römisch-katholische Professor Alzog 4. Aufl. S. 699 über die Sitten der Geistlichen im Mittelalter, nachdem er von der tiefen sittlichen Versunkenheit des Clerus und dem Concubinat geredet: „Die Repräsentanten der Concilien waren in den Mitteln zur Steuerung dieser Schmach getheilter Ansicht; während die einen durch Gestattung der Priesterheirathen dem Volk zu begegnen glaubten, erkannten dagegen sogar die Freisinnigen, aber tiefer Denkenden, wie Gerson, richtig (?), daß das Heil der Kirche wie immer so auch jetzt . . in der Aufrechterhaltung des Colibats beruhe, daß aber durch eine zweckmäßige religiöse Erziehung den Geistlichen die nöthige moralische Kraft beigebracht werden müsse.“

Ich meine nun, wenn heiligmäßige Bischöfe, wenn ganze und halbe Concilien anderer Ansicht waren, als die später wieder zur Geltung gekommene rigorose Praxis, so ist damit der erste Theil meiner Behauptung genügend bewiesen, denn unter den Concilien werden sich doch gewiß auch noch viele der „besten und edelsten Gemüther“ befinden haben. Wollte man aber noch aus einer späteren Zeit ähnliche Beweise verlangen, so wäre es gerade in der Breslauer Diocese nicht schwer, mit der Aufzählung

sehr edler Männer, die jetzt die höchsten Würden bekleiden, hervorzutreten, und in der Gegenwart gerade könnte ich eine recht stattliche Zahl anföhren, aber edler Pfarrer und Capläne aus mehreren Kreisen nennen, die im Glauben mit Rom gänzlich vereinigt sind und bleiben wollen, die ihre priesterlichen Pflichten sehr gewissenhaft erfüllen, die aber Angesichts der schon gar lange mangelnden Voraussetzungen, wie ein Clerus sie sich gebildet, Angesichts unserer total veränderten Verhältnisse, insbesondere der Erziehung auf freien Gymnasien und freien Universitäten das Colibatsgesetz entschieden verurtheilen und für dessen Aufhebung auf einem zu erstrebenden Provinzial- oder Nationalconcil*) Propaganda machen, vorausgesetzt, daß die jetzige oder eine künftige Regierung diesen Schritt als eine genügende Concession an die Forderungen der Zeit, d. h. als eine Brücke zur Wiederherstellung der Verbindung des ganzen Clerus mit den gebildeten Ständen und dadurch zur Herstellung des Verständnisses mancher Forderungen der Cultur ansehend, gewisse zu weit gehende Ansprüche auf Milderung des Clerus aufhebt.

Was den 2. Theil meiner Behauptung angeht, daß das Colibatsgesetz in der Geschichte der Kirche der dunkle Punkt ist, so sollte es dazu noch wahrhaftig keines weiteren Beweises bedürfen. Erzählt denn nicht die Kirchengeschichte fast auf jeder Seite, daß die Grundfehler der Geistlichen die Simonie und das Concubinat gewesen sind? Schon Epiphanius bemerkt, daß die kirchlichen Colibatsgesetze nicht beobachtet wurden. Alzog l. c. sagt S. 453: „Gegen das Grundverbot in der Kirche, die Sittenlosigkeit und Simonie der Geistlichkeit . . wandte er (Papst Leo IX.) . . seine ganze Kraft an; der größte Theil der Geistlichkeit ward von jenen Lasten befreit.“ S. 475: „Auf 80 Synoden im Verlaufe des 11. Jahrh. wurden Klagen erhoben und Vorlesungen getroffen . . besonders gegen Concubinat und Simonie der Geistlichen. Und ist es dadurch in der Folge etwa besser geworden? Hören wir, was er S. 684 schreibt: „In der 20. und den ff. Sitzungen (des Breslauer Concils a. 1434) erschienen äußerst wichtige und strenge Reformatiöns-Decrete gegen das Concubinat der Geistlichen.“ Und S. 699: „Es zeugen die zu keiner Zeit so häufig als auf den Synoden des 15. Jahrhunderts wiederkehrenden Klagen und Verordnungen vielfach von einer tiefen sittlichen Versunkenheit, besonders des niederen Clerus; namentlich hatte das Concubinat in manchen Gegenden wieder auf so empörende Weise um sich gegriffen, daß die Gemeinden dasselbe noch als etwas Gewöhnliches ansehen konnten, weil man so die Frauen vor der Nachstellung der Geistlichkeit frei glaubte.“

Will man nun noch Beweise aus der Gegenwart haben, so lese man nur ein wenig die Confessorialacten nach, und man wird nicht mehr sagen, daß meine Behauptung eine Phrase sei.

Wenn in der „Schl. Volksztg.“ weiterhin von „Unfönn“ die Rede ist, so wird ja die Zukunft bald lehren, wer Recht gehabt hat.

Aber auf einen Punkt muß noch besonders geantwortet werden, da derselbe die Colibatsanwände in der Vertheidigung ihrer Rigorosität rechtfertigen soll und stets dazu dient, ihr Gewissen einzuschläfern, nämlich: die Kirche zwingt Niemanden, geistlich zu werden u. f. w.

Das soll unserem Gegner gar nicht bestritten werden, aber wird man es leugnen können, daß die Kirche mit ihren Reichthümern sehr viele arme Jünglinge, geistlich zu werden, anlockt oder von Nahrungsmitteln gedrückt Eltern beschuldigt, daß sie, in der Kirche die beste Versorgungsmöglichkeit erblickend, auf ihre Kinder von Jugend auf so gut wie bestimmend einwirken? Es wäre wahrlich eine traurige und beklagenswerthe Blindheit, wenn den maßgebenden Persönlichkeiten diese Uebelstände wirklich entgehen könnten, und man könnte abdam in der That den Glauben an die Unfehlbarkeit der Kirche verlieren, wenn man sich nicht erinnerte, daß es sich eben um eine quaestio facti handelt, bei der auch die Kirche nicht vor Irrthum geschützt ist. Nein, es hat sich im Laufe der Zeit eine gewisse Tradition, eine gewisse fromme Speculation gebildet, wonach die Söhne armer Eltern im geistlichen Stande leicht ihr Brot finden und noch alle Angehörigen versorgen sollen.

Derartige Aeußerungen, gerade von Betheiligten, sind mir während meiner Studienzeit unzählig zu Ohren gekommen. Daneben habe ich die Seelenkämpfe vieler Kameraden kennen gelernt, die sie wegen dieses einen Punktes, des Colibats, zu befechten hatten, bis sie in der Wahl zwischen gänzlichem Mittellosigkeit und baldiger Versorgung einer schwankend, endlich die Schwelle des ihnen sonst so lieben Priesterberufes überschritten hatten. Dann konnten sie nicht mehr zurück, aber die Kämpfe dauerten fort und brachten sie leider zuweilen an den traurigsten Abgrund. Wenn das nicht wahr sein soll, wenn dergleichen Thatfachen sich nicht fortwährend wiederholen, so rufe ich alle Theologiestudenten, ich rufe die Altkatholiken Gottes selber zu Zeugen an und behaupte dann, daß solche Zustände einer Reform im höchsten Grade bedürftig sind. Die Kirche entäuere sich ihrer Reichthümer und sie wird dann von jedem Vorwurf frei sein.

Will man aber, was man auch häufig thut, anführen, daß der Priester-candidat mit 24 Jahren seinen vollen Verstand hat, um zu wissen, was er thut, so erwidere ich: Nein, er hat die Erkenntnis von dem vollen Umfange der Last, die selbst „Engelsknechten furchtbar“ ist, nicht, und wenn er sie ahnt, so ergiebt er sich schließlich in den Gedanken: Es wird wohl gehen! bis das Leben ihm unablässig das Gegentheil zu beweisen versucht. — Im Uebrigen soll man nicht mit ungleichen Maßen messen und den Studirenden, wenn sie Versammlungen abhalten und über große Fragen des Lebens Beschlüsse fassen. Unreife des Urtheils nachreden, wofür dieselben von unseren Anhängern abweisen, hingegen den Studirenden des nämlichen Alters Reife des Urtheils vindiciren, wo es sich darum handelt, das Colibatsgesetz zu beschönigen. Ceterum censeo u. f. w.

Breslau, 24. März. Das Geschäft hatte gegen die Vortage die Tendenz nicht gewechselt und überschritten daher auch die Umsätze nicht die bisher so eng gezogenen Grenzen. Hat das selbstständige Geschäft, mit wenigen Ausnahmen, in der letzten Zeit überhaupt schon wesentlich an Interesse und Bedeutung verloren, so schwindet die Theilnahme der Börse ausnehmend um so mehr, als sich die Aufmerksamkeit der Speculation fast ausschließlich der Ultimoterminalien zuwendet. Die Liquidation geht leicht und glatt von Statten, obgleich auch heute noch der Stüdemangel in gleicher Stärke sich bemerkbar machte. Die Prolongationsätze haben sich aber nicht erweitert und ein flüssiger Geldstand erleichtert das Regulirungs-Geschäft. Es bedangen Depo: Credit 1.50—1.60 M., Lombarden 0.90 M., Franzosen 1.60—1.80 M., Disconto-Commandit 1/2 %, Laurahütte 1/2—1/3 %, Köln-Mindener 1/2 %, Bergische 1/2 % Dep., dagegen Rheinische 1 1/2 % Rep. Die internationalen Speculationspapiere bewegten sich innerhalb einer sehr geringen Spannweite in mehrfachen Schwankungen. Anfanglich neigte die Haltung eher zur Maththeit, später befestigte sich die Tendenz. Dehler-reichnisse Nebenabgaben verhielten sich sehr ruhig, trugen aber im Allgemeinen einen matten Charakter. Galizier niedriger. Die localen Speculationssectoren fanden wenig Beachtung. Disconto-Commandit 126.25, ultimo 126 bis 6 1/2 %, Dortmund Union 10.25, Laurahütte 58.75, ultimo 58.60—58.40. Ausländische Staatsanleihen blieben sehr still, waren aber nicht gerade matt. Oester. Renten und 1860er Loose waren verhältnismäßig am lebhaftesten. Österreich zeigte sich fest, Italiener befestigten sich im Laufe der Börse. Russ. Prämienanleihen, Bodencredit und Bahnen fest und steigend. Preussische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Babilische Prämienanleihe gefragt, Braunschweiger auch in einigem Verkehr. Prioritäten in geringem Verkehr. Auf dem Eisenbahn-Markt war eine Abschwächung eingetreten, wenn gleich die Course keine Einbuße erlitten. Die schweren Debiten blieben still, nur leichte Actien traten theilweis in regen Verkehr. Berlin-Dresden und Lübeck-Eimburg anziehend. Banactien ruhig. Englische Wechselbank und Bank für Rheinland beliebt und anziehend. Oesterr. Zinsloose sehr ebenfalls etwas an. Bergisch-Märkische Bank höher und belebt. Braunschweiger Creditb. blieben zu steigenden Coursen und trotz lebhaften Geschäft in guter Frage. Varmer Bankverein, Hannoversche Disconto-Bank und Ostbair. Grundcredit-Bank gingen zu gestrigem Course ziemlich rege um. Industriepapiere zum Theil besser. Viehloose weichend und in größeren Beträgen offerirt, Facconsmiede begehrt, Semter und Germania zu steigender Notiz lebhaft, Centralstraßen und Westend matt, Flora sehr gedrückt, Wolpi und Schlüter und ebenso Jonrobert in gutem Verkehr. Egells ging zu beruhigter Notiz rege um. Oberöf. Eisen.-B. begehrt. Nordb. Eisenb. bei niedrigem Course gesucht, Schwarzkopf sog nicht unbedeutend an, Wilhelmshütte besser, Märkisch-Westf. Bergwerke und Deutsches Bergwerk um Procente höher, Louise matt, Courl zwar etwas niedriger, aber nicht unbelebt. — Um 2 1/2 Uhr: Schwach. Credit 288 1/2 %, Lombarden 181, Franzosen 489 1/2 %, Reichsbank 157 1/2 %, Disconto-Commandit 126 1/2 %, Dortmund Union 10 1/2 %, Laurahütte 58 1/2 %, Köln-Mindener 103 1/2 %, Rheinische 117, Bergische 83, Rumänen 25 1/2 %.

Wien, 24. März. [Wochenausweis der gesammelten Lombardischen Eisenbahn] vom 11. bis zum 17. März 1,216,110 fl., gegen 1,231,295 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres mithin Wochen-Minder-einnahme 15,185 fl. Bisherige Mindereinnahme seit 1. Januar d. Jahres 647,745 fl.

*) Es wäre zu wünschen, daß der Concilsidee die Presse sich bemächtigte und aus allgemeinen Gründen sie begünstigte.

(25. January, in Vienna.